

Wie Oligopole der sozialen Medien Klimafakten unterdrücken. Teil I

geschrieben von Chris Frey | 2. November 2022

[H. Sterling Burnett](#)

Die Reaktion der Klima-Alarmisten, wenn die Fakten nicht in das von ihnen seit zwei Jahrzehnten verbreiteten Bild passen besteht darin, die Fakten zu unterdrücken, indem man die Überbringer der Fakten umbringt. Heute tötet man die Überbringer unbequemer Wahrheiten nicht mehr mit einer Axt im Nacken, sondern indem man sie einfach von dort verbannt.

Die Klimaalarmisten sind die wahren Wissenschaftsleugner, die Modellprojektionen über Daten stellen, Daten zur Unterstützung von Modellprojektionen herauspicken, Daten so „anpassen“, dass sie in das Narrativ passen, und wenn Daten nicht angepasst oder herausgepickt werden können, sie einfach ganz ignorieren. Jede dieser Arten von Handlungen verstößt gegen die wissenschaftliche Methode und untergräbt in der Tat das wissenschaftliche Streben nach Wissen. Aber natürlich geht es ihnen in Wirklichkeit nur um politische Macht und nicht um die Wahrheit.

Große soziale Medien zensieren Klimadiskussion

Die größten Social-Media-Unternehmen sind im Besitz einiger weniger Unternehmen oder Einzelpersonen. Facebook/Meta, Instagram, What's App, Linked In, Twitter, Youtube und TikTok befinden sich im Besitz oder unter der Kontrolle von weniger als einem halben Dutzend Einzelpersonen (wobei letzteres im Verdacht steht, weitgehend von der Kommunistischen Partei Chinas kontrolliert zu werden).

Diese privaten Unternehmen sind de facto zum öffentlichen Platz für Diskussionen geworden. Sie agieren als Oligopolisten/Monopolisten; wenn Konkurrenten auftauchen, verschlingen sie diese schnell.

Leider waren die großen Oligopolisten der sozialen Medien nur allzu bereit, auf den Klimaalarmzug aufzuspringen. Mit Hilfe ausgewählter alarmistischer Organisationen (wie z. B. „[Climate Feedback](#)“) als „Faktenprüfer“ beginnen die Klimazensoren in den sozialen Medien mit der Drosselung oder Kennzeichnung von Beiträgen, mit denen sie nicht einverstanden sind, und schränken so die Möglichkeit anderer ein, unredigierte Beiträge auf Facebook, Twitter und anderen sozialen Medienplattformen zu teilen.

Falls dies die Klimarealisten nicht davon abhalten kann, evidenzbasierte Behauptungen zu veröffentlichen, die auf eine unbedenkliche Klimazukunft hindeuten, entziehen die Social-Media-Riesen den Realisten die

Möglichkeit, ihre Online-Aktivitäten zu monetarisieren (d. h. Werbung auf ihren Websites einzubinden). Falls diese ersten beiden Zensurversuche scheitern und die Realisten dazu zwingen, sich der Parteilinie anzuschließen oder zumindest ihre Klimabeiträge selbst zu korrigieren, wendet Big Tech die Todesstrafe an: Die Zensoren der Unternehmen verbannen sie zunächst vorübergehend und dann, falls sie erneut die Wahrheit sagen, auf Lebenszeit von einer oder allen großen Online-Plattformen für soziale Medien.

Es ist schon schlimm genug, wenn Big Tech mit Hilfe oder Ermutigung der [US-]Bundesregierung politische oder soziale Ansichten zensiert, die seine Gedankenpolizei als beleidigend oder gesellschaftlich inakzeptabel ansieht. Noch schlimmer für die Gesellschaft ist es, wenn diese multinationalen Giganten Menschen dafür bestrafen, dass sie Wahrheiten – also Tatsachen – aussprechen oder auf sie hinweisen, weil sie Behauptungen von angeblichen oder selbst ernannten Experten zu Themen, die weit von der „anerkannten Wissenschaft“ entfernt sind, untergraben oder in Frage stellen. Wissen wird nur dann weiterentwickelt, wenn es eine freie Debatte über umstrittene Tatsachenbehauptungen gibt.

Fakten sind keine Verteidigung gegen Zensur

Die Fälle von Gregory Wrightstone und dem mehrfach ausgezeichneten Physiker Richard Lindzen sind in diesem Punkt sehr aufschlussreich.

Gregory Wrightstone

Wrightstone, geschäftsführender Direktor der CO2-Coalition, ist Geologe und hat ein [Bestseller-Buch](#) über Klimawissenschaften veröffentlicht.

Wie in Beiträgen auf dem Blog der CO2-Coalition und in verschiedenen Nachrichtenartikeln beschrieben, wurden Wrightstone und andere Wissenschaftler, die mit der CO2-Koalition in Verbindung stehen, dauerhaft von LinkedIn verbannt; ihre Beiträge wurden von Facebook ausgebremst, zensiert oder verboten; und als er beantragte, ein Instagram-Konto für die CO2-Coalition zu eröffnen, wurde er daran gehindert, dies zu tun.

Wrightstone wurde dauerhaft von [LinkedIn](#) verbannt, weil er Grafiken zu historischen Kohlendioxid-Konzentrationen aus Dokumenten der US-Regierung und des IPCC veröffentlicht hatte. Die Grafiken zeigten, dass die CO2-Werte in der Vergangenheit höher waren als heute und dass Pflanzen und Tiere gediehen. LinkedIn behandelte Wrightstones sachlichen Beitrag als ein Orwellsches Gedankenverbrechen und teilte ihm mit, dass seine Beiträge „falsch“ und „nicht erlaubt“ seien und dass sein Konto wegen wiederholter Verstöße ähnlicher Art dauerhaft gesperrt sei.

Gleiches [widerfuhr](#) ihm bei Facebook. In einer Reihe von Beiträgen erörterte Wrightstone unter anderem, dass höhere CO2-Werte zu einer allgemeinen Ergrünung der Erde beitragen, dass verschiedene Arten von

extremen Wetterereignissen nicht häufiger oder schwerer werden und dass die Zahl der Todesfälle aufgrund extremer Wetterereignisse im letzten Jahrhundert drastisch zurückgegangen ist. Dies sind alles dokumentierte Fakten. Doch die „Faktenprüfer“ von Facebook, eine aktivistische gemeinnützige Gruppe, die sich [Science Feedback](#) nennt (und eng mit Climate Feedback verbunden ist), stuften sie als „falsch“ und/oder „irreführend“ ein und entfernten die Beiträge schließlich. Obwohl Wrightstone eine gründliche, von Fachleuten geprüfte Dokumentation vorlegte, die jede der angeblichen Behauptungen der „Faktenprüfer“ widerlegte, weigerte sich Facebook, seine Kennzeichnung zurückzunehmen oder die Möglichkeit von CO2 Science, sein Material zu verbreiten, nicht länger zu beschneiden.

Wrightstones [Erfahrung](#) mit Instagram war sogar noch aufschlussreicher – sie verdeutlicht die Zusammenarbeit zwischen den miteinander verflochtenen Social-Media-Giganten. Als er versuchte, ein Instagram-Konto für die CO2-Coalition einzurichten, schrieb Instagram nach der Überprüfung seiner Eingabe: „Fehler: Ihr Konto wurde wegen Verstoßes gegen unsere Bedingungen, nämlich das künstliche Sammeln von Likes, Followern oder Shares, das Posten sich wiederholender Inhalte oder das wiederholte Kontaktieren von Personen zu kommerziellen Zwecken ohne deren Zustimmung deaktiviert..“

Wie ist es möglich, gegen die Nutzungsbedingungen von Instagram zu verstoßen, künstlich Likes zu sammeln oder wiederholte Inhalte zu posten, wenn man nicht einmal ein Konto hat? Wie kann ein Konto gegen die Nutzungsbedingungen verstoßen, wenn das Konto noch gar nicht eingerichtet ist? Dies ist eine Form der „vorherigen Beschränkung“, die der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten in der Vergangenheit verworfen hat, als Theaterstücke und Veröffentlichungen vor der Aufführung oder dem Verkauf durch lokale Regierungen verboten wurden. Giganten der sozialen Medien spielen nach anderen Regeln.

Richard Lindzen

Richard Lindzen, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften (NAS) und Fellow der American Association of the Advancement of Science, ist einer der am meisten publizierten Klimawissenschaftler der Welt. Er wurde von der NAS als Mitautor von zwei klimawissenschaftlichen Berichten ausgewählt. Darüber hinaus war er Mitverfasser von zwei Bewertungsberichten des IPCC. Ich erwähne diese Fakten, um zu zeigen, dass selbst die Klimawissenschaftler anerkennen, dass Lindzen sein Handwerk [versteht](#), wenn es um Klimawissenschaft geht.

Als die CO2-Coalition ein Interview, das Daily Sceptic mit Lindzen geführt hatte, auf ihrer Facebook-Seite [veröffentlichte](#), wurde es von der Facebook-Zensur schnell entfernt, da Lindzens Aussagen als falsch bezeichnet wurden. In dem Artikel ging es um eine kürzlich von Lindzen verfasste [Studie](#) für die Global Warming Policy Foundation. Darin vertritt Lindzen auf der Grundlage seiner jahrelangen Forschung die

Meinung, dass der Klimawandel keine Katastrophe ist, und verweist auf Forschungsergebnisse aus den Berichten des IPCC, die die Behauptung einer unkontrollierten Erwärmung durch Kohlendioxid widerlegen. Die CO2-Coalition ficht das Verbot von Facebook an und beruft sich dabei auf von Fachleuten überprüfte Forschungsergebnisse, aber bisher bleibt es bestehen. Offensichtlich glaubt Facebook, dass seine Zensoren den Stand der Klimawissenschaft besser verstehen als Lindzen oder der IPCC.

Wenn soziale Mediengiganten die Wahrheit über den Klimawandel nicht vertragen, hindern sie Experten und Durchschnittsbürger gleichermaßen daran, in der modernen Öffentlichkeit zu sprechen.

Und was sollte man dagegen tun? Das wird im zweiten Teil dieses Beitrags zu lesen sein.

Link:

<https://www.libertyandecology.org/how-social-media-oligopolies-suppress-climate-facts-part-i>

Wie Oligopole in den sozialen Medien Klimafakten unterdrücken. Teil II: Welche Rolle spielt der Staat?

H. Sterling Burnett

In Teil I habe ich erörtert, wie weit High-Tech-Unternehmen der sozialen Medien wie Facebook, LinkedIn und andere gehen, um Material zu verunglimpfen und zu verbieten, das ihren „Faktenprüfern“ nicht gefällt. Nirgendwo gilt dies mehr als bei prominenten Wissenschaftlern, die von den politisch vorherrschenden Ansichten zum Klimawandel abweichen. Dieser Teil II befasst sich mit möglichen Abhilfemaßnahmen.

In jedem anderen Bereich hätten die staatlichen Regulierungsbehörden, vor allem die Federal Trade Commission, viele der Fusionen, die im Bereich der sozialen Medien stattgefunden haben, nicht zugelassen, und die Unternehmen wären zerschlagen worden. Schließlich kontrollieren diese wenigen Unternehmen einen größeren Anteil des Social-Media-Marktes als Standard Oil den Ölmarkt kontrollierte, bevor das Unternehmen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts von der Regierung zerschlagen wurde.

Anstatt die Möglichkeiten dieser Unternehmen, die Kommunikation zu kontrollieren, einzuschränken, hat die [US-]Bundesregierung sie weitgehend begünstigt. Sie hat ihnen Schutz vor Klagen wegen Verleumdung und übler Nachrede gewährt, der für andere Medien ungeahnt ist, und zwar unter dem Vorwand, sie seien „Plattformen“ und keine Anbieter von Inhalten. Dennoch stellen sie Inhalte zur Verfügung und, was noch wichtiger ist, verwalten, zensieren und sperren diese, und zwar nicht

nur aus den begrenzten Gründen, die von der Bundesregierung ausdrücklich vorgeschrieben sind, um die Darstellung und Förderung von Gewalt und Kinderpornografie zu verhindern. Sie betrachten sich selbst als die Schiedsrichter der Wahrheit und des akzeptablen Meinungs austauschs, was bedeutet, dass sie Links und Beiträge unaufgefordert mit einer „kontextbezogenen“ Kennzeichnung versehen, die vom Verfasser der ursprünglichen Nachricht oft nicht akzeptiert wird.

Als staatlich geschützte Monopole oder Oligopole verdienen sie es, dass die Regierung ihre Bemühungen zur Unterdrückung von Äußerungen kontrolliert, die ihre bedauerlicherweise voreingenommenen und falsch benannten „Faktenprüfer“ für inakzeptabel halten. Die Zeit und die Erfahrung haben gezeigt, dass die Faktenprüfer immer wieder die Wahrheit verfälschen, weil sie ihre Meinung darüber, was die Fakten sind oder was die Fakten zeigen, ersetzen. Oder sie überprüfen einfach die Fakten in einem Bereich mit begrenzten, sich schnell entwickelnden Informationen, in dem neue Daten zeigen, dass Aussagen, die zuvor als Fakten galten – größtenteils aufgrund der unbestätigten Aussagen von Regierungsbeamten, die ungerechtfertigterweise als die maßgeblichen Experten zu diesem Thema behandelt werden – sich später als falsch oder unvollständig herausstellen.

Verlassen Sie sich nicht nur auf mich, sondern denken Sie daran, wie diese Unternehmen die Äußerungen von Fachleuten des Gesundheitswesens über die Pandemie des Wuhan-Virus zensiert haben und weiterhin zensieren, nur weil die Regierung und fortschrittliche Aktivisten nicht wollen, dass das Thema diskutiert oder erörtert wird. Dazu gehören die Ursprünge der Pandemie, die Wirksamkeit verschiedener möglicher medizinischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus, die Wirksamkeit der zur Vorbeugung entwickelten Impfstoffe und die möglichen Gefahren von Nebenwirkungen der schnell zugelassenen, wenig untersuchten Impfstoffe. Die Zeit und die Erfahrung haben gezeigt, dass die von vielen Ärzten und Forschern aufgeworfenen Fragen berechtigt waren.

Während der Pandemie lernten die Mediziner, was Wissenschaftler und Analysten, die über den Klimawandel diskutieren, schon lange wissen: Die Wahrheit ist kein Schutz gegen die Zensur durch Big Tech.

Staaten übernehmen die Führung bei der Förderung des freien Gedankenaustauschs

Während Bundesbehörden das Problem ignorieren und der Kongress zaudert, übernehmen die Bundesstaaten zunehmend die Führung bei der Bekämpfung der Zensur im öffentlichen Raum durch die staatlich lizenzierten und sanktionierten Giganten der sozialen Medien.

Ein texanisches Gesetz verbietet es den Oligopolisten der sozialen Medien, die Beiträge von Nutzern aufgrund ihrer politischen Ansichten zu sperren. Das [Fifth U.S. Circuit Court of Appeals](#) hat vor kurzem das Inkrafttreten des Gesetzes erlaubt, während sich der gesamte Fall durch

die Gerichte windet. Texas ist zwar führend in der Bewegung zur Eindämmung der Bemühungen von Tech-Giganten, den sozialen Diskurs zu kontrollieren oder in eine Richtung zu lenken, die sie für angemessen halten, steht aber mit seinen Bemühungen nicht alleine da.

Eine **Koalition** aus zehn Staaten unter der Leitung des texanischen Generalstaatsanwalts Ken Paxton hat in einem Verfahren vor dem 11th Circuit Court of Appeals einen Schriftsatz eingereicht, in dem sie ein Gesetz aus Florida unterstützt, das Social-Media-Plattformen dazu verpflichtet, „ihre Praktiken zur Moderation von Inhalten konsequent anzuwenden und die betroffenen Nutzer darüber zu informieren“. Das Gesetz in Florida schränkt die Möglichkeiten von Big Tech zur Einschränkung der Meinungsäußerung nicht ein, sondern verlangt lediglich Transparenz und Konsistenz bei der Anwendung. Aber selbst diese minimale Einschränkung ihrer Kontrolle über persönliche und politische Äußerungen ist zu viel für die Mächtigen-Social-Media-Zaren.

Wie diese Fälle letztendlich entschieden werden, ist unbekannt. Werden die staatlichen Gesetze einer gerichtlichen Überprüfung standhalten? Wer weiß das schon? Wird sich der Kongress letztendlich einmischen und die Redefreiheit unterstützen? Schließlich ist er teilweise für das Problem verantwortlich, da er das Gesetz **geschaffen** hat, das die Behauptungen der Social-Media-Giganten akzeptiert, dass sie neutrale Plattformen sind – d. h., dass sie es Menschen ermöglichen, sich zu vernetzen und Ideen auszutauschen – und nicht Anbieter von Inhalten. Durch den Schutz von Social-Media-Unternehmen vor Klagen wegen Verleumdung und übler Nachrede hat der Kongress sie nicht als Schiedsrichter der wissenschaftlichen Wahrheit oder der politischen oder gesellschaftlichen Meinung und Diskussion eingesetzt. Diese Rolle haben die Giganten der sozialen Medien für sich selbst übernommen, nachdem der Kongress sie vor Rechtsansprüchen geschützt hat, die gegen ihre zensurischen Maßnahmen erhoben werden könnten.

Die Nutzer sozialer Medien brauchen nicht den Schutz der Unternehmen vor unbequemen Wahrheiten oder Meinungen, die sie als beleidigend empfinden. Sie können Seiten oder Artikel von Personen oder Gruppen, die sie als beleidigend empfinden oder mit denen sie nicht einverstanden sind, ablehnen, entfernen und ihnen nicht folgen. Das ist die Tugend einer freien Gesellschaft.

Die Unternehmen der sozialen Medien sprechen von Meinungsfreiheit und offenem Gedankenaustausch. Jetzt ist es an der Zeit, dass sie sich daran halten, selbst wenn sie dazu gezwungen werden müssen.

Link:

<https://www.libertyandecology.org/how-social-media-oligopolies-suppress-climate-facts-part-ii-what-role-for-government/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE